

# **Jahresbericht 2008**

**Berichtszeitraum: 07.11.2007 – 31.12.2008**

Am 07.11.2007 fand die konstituierende Sitzung des Tierschutzbeirates für die 6. Amtsperiode statt, bei der Dr. Helmut Stadtfeld, Vertreter der Tierärzteschaft, zum Vorsitzenden des Gremiums und Frau Monika Arnold, Vertreterin der Naturschutzverbände, zu seiner Stellvertreterin gewählt wurden.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum 5 Sitzungen durchgeführt, und zwar am

- 13.12.2007 im Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz,
- 14.02.2008 in Mainz, Johannes Gutenberg-Universität,
- 19.06.2008 in Wittlich, Milchviehbetrieb Helenenhof,
- 04.09.2008 in Neuwied, Zoo,
- 27.11.2008 im Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz.

Zu den hierbei behandelten Themen sowie zur Wahrnehmung sonstiger Termine durch Mitglieder des Tierschutzbeirates wird auf die nachfolgenden themenbezogenen Ausführungen verwiesen.

### **Tierschutzpreis 2007**

Bei der Verleihung des Tierschutzpreises 2007 durch Frau Ministerin Conrad am 27.11.2007 vertraten die stellvertretende Vorsitzende Monika Arnold und das Jurymitglied Andreas Lindig den Tierschutzbeirat. Der Preis wurde verliehen an die Arbeitsgemeinschaft Tierschutz der Bienenwaldschule in Wörth, die sich in vielfältiger Weise für den Tierschutz engagiert, und an die Stadttaubengruppe der Stadtverwaltung Bad Kreuznach, die ein integratives Gesamtkonzept zur tierschutzkonformen Bestandsregulierung der Stadttauben entwickelt hat.

### **Tierschutzpreis 2008**

Die Jury, in der der Tierschutzbeirat durch Frau Dr. v. Gaertner und Herrn Lindig vertreten ist, tagte am 22.09.2008, die Preisverleihung im Beisein des Vorsitzenden fand am 24.11.2008 statt. Mit dem Tierschutzpreis 2008 wurde das beispielhafte Engagement von drei Personen für den Katzenschutz gewürdigt.

### **Forschungspreis des Landes für Alternativmethoden zum Tierversuch**

Die Jury, der Frau Dr. Baumgartl-Simons für den Tierschutzbeirat angehört, tagte am 27.11.2008. Es lagen 8 Vorschläge vor.

Die endgültige Entscheidung über die Preisvergabe erfolgt durch Frau Ministerin Conrad.

### **Landeswettbewerb „Tiergerechte Haltung“ 2008 / 2009**

Die Bewertungskommission tagte im Beisein von Frau Monika Arnold, stellvertretende Vorsitzende des Tierschutzbeirates, am 13.06.2008 im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,

Landwirtschaft und Weinbau. Man einigte sich darauf, dass für den kommenden Wettbewerb folgende Bereiche ausgeschrieben werden sollen, jeweils für Betriebe, die seit 2003 Neu- oder Umbauten vorgenommen haben:

- Pferde : Betriebe mit mehr als 15 Pferden in Gruppenhaltung,
- Schweine : Ferkelerzeuger- und Mastbetriebe
- Legehennen : Betriebe mit mehr als 1.500 Tieren in Bodenhaltung.

Bei der Sitzung des Tierschutzbeirates am 04.09.2008 wurde festgelegt, dass Frau Dr. Bäusch für den Tierschutzbeirat der Bewertungskommission für die Endausscheidung angehören soll.

### **Anbindehaltung von Rindern**

Am 14.04.2008 tagte die bei der Sitzung des Tierschutzbeirates am 14.02.2008 gebildete Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Herrn Dr. Irsch (MUFV) und erarbeitete einen Konzeptvorschlag für eine Tierschutzkonferenz zum Thema.

Der Vorschlag wurde von Frau Ministerin Conrad gebilligt, die Veranstaltung wird am 27.04.2009 in Koblenz stattfinden.

Auf die Internetseite des Tierschutzbeirates wurde zu diesem Thema ein vom Vorsitzenden erarbeiteter und im Gremium abschließend diskutierter Informationstext mit beispielhaften Fotos eingestellt, der als Grundlage für die weiteren Erörterungen dienen soll.

Anlässlich eines Treffens der Tierschutzbeiräte der Bundesländer am 04./05.12.2008 sprachen sich die Teilnehmer mit großer Mehrheit für ein Verbot der Anbindehaltung, wenn auch mit angemessenen Übergangsfristen, aus.

(Auf sonstige Ergebnisse dieses Treffens wird im Folgenden noch eingegangen.)

### **Schächten**

Anlässlich des bevorstehenden islamischen Opferfestes wies der Tierschutzbeirat in einer Pressemitteilung vom 14.12.2007 darauf hin, dass das Schlachten ohne Betäubung grundsätzlich unzulässig und, da die Elektrobetäubung nicht mit dem Koran kollidiert, zudem unnötig ist. Schächtungen im Verborgenen, wie sie in der Vergangenheit mehrfach festgestellt wurden, würden einen Straftatbestand darstellen.

Durch das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz wurde der Tierschutzbeirat darüber informiert, dass die Richtlinie 93/119/EG zum Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung überarbeitet werden soll und der EU-Kommission über eine E-Mail-Adresse hierzu Vorschläge übermittelt werden können.

Der Tierschutzbeirat nahm auf diesem Weg zum Thema Schächten Stellung und forderte ein generelles Verbot des Schlachtens ohne Betäubung, da es äußerst belastend für die Schlachttiere und im Übrigen – da Alternativen zur Verfügung stehen – unnötig sei.

Mit Schreiben vom 29.04.2008 verwies das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf eine entsprechende Bundesratsinitiative und teilte mit, dass die Bundesregierung durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein solches Verbot geltend gemacht habe.

Herr des Verfahrens sei derzeit der Deutsche Bundestag.

### **Hitzeschutz für Weidetiere**

In einer Pressemeldung vom 28.07.2008, die unter anderem von der Rheinischen Bauernzeitung abgedruckt wurde, wies der Tierschutzbeirat darauf hin, dass unsere Nutztiere grimmige Kälte besser vertragen als große Hitze und daher auf der Weide genügend Schattenspende, am besten Laubbäume brauchen.

Entsprechend äußerte sich der Vorsitzende in der Landesschau des SWR vom 29.07.2008, wobei er auch das Thema Sonnenbrand auf unpigmentierter Haut ansprach. Die Sendung wurde in einem Milchviehbetrieb im Rhein-Lahn-Kreis aufgezeichnet, der in vorbildlicher Weise, unter anderem auch durch Ventilatoren im Stall, für eine Abkühlung seiner Tiere sorgt.

### **Halbwilde Haltung von Weidetieren**

„Biodiversität im Mittelrheintal – Exmoorponys in der Weidehaltung“ war der Titel eines Vortrags mit Exkursion am 26.07.2008 in Kamp-Bornhofen, bei dem der Vorstand des Tierschutzbeirates unter den Zuhörern war. Biologen der GNOR berichteten über ein Großbeweidungsprojekt mit Exmoorponys und Burenziegen mit dem Ziel der Zurückdrängung des Bewuchses an ehemals weinbaulich genutzten Steiflächen. Hierbei ging es auch um die interessante Frage, inwieweit man naturnah gehaltene Haustiere einem gewissen Selektionsdruck, insbesondere durch winterliche Futterknappheit, aussetzen darf.

### **Bedrohte Nutzierrassen**

Am 22.10.2008 besuchte der Vorstand des Tierschutzbeirates eine Veranstaltung im Rahmen der Grünen Woche Rheinland-Pfalz, die sich mit der Zucht und Erhaltung bedrohter Nutzierrassen befasste und auf einem sogenannten Arche-Hof in Hermesland (Eifelkreis Bitburg-Prüm) stattfand, wo Glanrinder, Deutsche Sattelschweine und Vorwerkhühner gehalten werden. Die Zucht und Haltung der Tiere geschieht unter normalen landwirtschaftlichen Bedingungen, bemerkenswert war in diesem Fall das besondere Beziehungsgefüge zwischen dem Halter und seinen Tieren, welches den Umgang mit der Rinderherde sehr erleichtert.

### **Kastration von Eberferkeln**

Am 28.07.2008 gab der Vorsitzende dem SWR-Fernsehen ein Interview für die Sendung „Im Grünen“, wobei er darlegte, dass die Kastration ohne Betäubung ein äußerst schmerzhafter Eingriff ist, zumal das Schmerzempfinden bereits bei Neugeborenen voll ausgebildet ist.

Es sei dringend geboten, Alternativen einzusetzen und weiter zu entwickeln.

Bei der Sitzung des Tierschutzbeirates am 04.09.2008 ging es ebenfalls um dieses Thema, in welches – dies ist aus Sicht des Gremiums erfreulich – allerhand Bewegung gekommen ist. In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf einen Beschluss der Agrarministerkonferenz am 26.09.2008, mit dem u. a. die Bundesregierung gebeten wird, die chirurgische Kastration ohne Schmerzausschaltung unter bestimmten Voraussetzungen, insbesondere dem Vorhandensein geeigneter Alternativen, zu verbieten.

### **Ohrmarken für Schafe und Ziegen**

Der Geschäftsführer des für die Zuteilung der Ohrmarken zuständigen Landeskontrollverbandes Rheinland-Pfalz e.V. mit Sitz in Bad Kreuznach teilte dem Vorsitzenden des Tierschutzbeirates am 27.11.2007 auf Anfrage mit, dass man inzwischen generell auf kleinere Ohrmarken für Schafe und Ziegen umgestiegen sei, mit denen den Größenvorgaben der Viehverkehrsverordnung gerade noch Rechnung getragen wird. Vorausgegangen war ein Vorstoß des Tierschutzbeirates, mit dem auf die Verletzungsgefahr durch die insbesondere für Ziegen zu großen Ohrmarken hingewiesen worden war.

### **Haltung von Mastkaninchen**

Das Thema wurde in der Sitzung am 27.11.2008 zum wiederholten Male behandelt. Nach wie vor ist das Problem der Haltung in engen und niedrigen Drahtkäfigen und die daraus folgende Verhinderung natürlicher Verhaltensweisen sowie der Pfotenverletzungen durch die Drahtgitterböden ungelöst, wenngleich es durch diverse Publikationen mehr in den öffentlichen Blickpunkt gerückt ist.

In einer Pressemitteilung des Tierschutzbeirates mit der Überschrift „Kein Weihnachtsbraten aus Qualhaltung“ wurde die Problematik der Kaninchenmast thematisiert, aber auch die tierschutzwidrige Haltung von Mastputen, das Stopfen von Gänsen in Osteuropa und die Intensivmast von Lachsen in Netzgehegen im offenen Meer.

Der Themenkomplex war auch Gegenstand eines Interviews des Vorsitzenden mit dem SWR-Hörfunk in der Vorweihnachtszeit.

### **Hundehandel**

Mit Pressemitteilung vom 05.03.2008 warnte der Tierschutzbeirat vor unseriösen Hundehändlern und stellte den Hundehandel insgesamt in Frage. Hundewelpen, die über einen Händler vermarktet werden, müssen sich zweimal an eine neue Umgebung gewöhnen. Vielfach würden Welpen zu früh von der Mutter abgesetzt, wären verwurmt oder unzureichend geimpft.

Anlass für den Artikel waren die skandalösen Vorgänge um einen Hundehändler im nordrhein-westfälischen Euskirchen, in dessen Keller das dortige Veterinäramt 26 Hundewelpen der verschiedensten Rassen sichergestellt hatte.

### **Qualzucht**

Anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung „Mops-Kult“ des Landesmuseum Mainz am 26.10.2008 gab der Tierschutzbeirat eine Pressemitteilung heraus, in der beklagt wird, dass der Mops in den letzten Jahrzehnten ein Opfer fehlgeleiteter Zuchtideale geworden ist. Je mehr man dazu übergegangen sei, niedliche Mopse mit Kulleraugen und extremen Stupsnasen zu züchten, desto mehr hätten die Hunde unter Atemnot, Augenentzündungen, Hirndefekten und anderen Beeinträchtigungen zu leiden.

Die Museumsleitung war bereits mit Schreiben vom 17.10.2008 auf die Problematik hingewiesen und gebeten worden, im Rahmen der Ausstellung hierauf einzugehen, was zugesagt wurde.

Das Thema fand beachtliche Resonanz, unter anderem wurde in der Rhein-Zeitung im Zusammenhang mit einem Bericht über die Ausstellungseröffnung darauf eingegangen, die Nachrichtenagentur Agence France-Presse erbat zusätzliche Informationen, der Vorsitzende des Tierschutzbeirates gab dem SWR-Fernsehen am 27.11.2008 ein Interview für die Sendung „Im Grünen“.

In der Sitzung des Tierschutzbeirates am gleichen Tag wurden nochmals diverse Lösungsansätze für die Problematik diskutiert, unter anderem die Einführung von objektivierbaren Ausschlusskriterien für die Zucht.

### **Fundkatzen / herrenlose Katzen**

Auf Anregung des Tierschutzbeirates fand am 07.04.2008 im Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz eine Besprechung statt, an der Vertreter der beteiligten Ressorts (ISM, MUFV), der kommunalen Spitzenverbände, des deutschen Tierschutzbundes (Herr Lindig) sowie des Tierschutzbeirates (Frau Arnold, Dr. Stadtfeld) teilnahmen.

Gegenstand dieser Besprechung war auch eine gutachterliche Stellungnahme durch einen erfahrenen Verwaltungsjuristen, die der Tierschutzbeirat Anfang Januar 2008 in Auftrag gegeben hatte und in der unter anderem um die Frage der behördlichen Zuständigkeit für verletzte herrenlose Katzen und um den Umfang der Leistungen ging, welche die Ordnungsämter im Zusammenhang mit Fundkatzen zu erbringen haben. Die Diskussion verlief äußerst kontrovers, insbesondere hinsichtlich der Frage, inwieweit die Kommunen in Zweifelsfällen (Fundkatze oder herrenlose Katze) zur Erstattung von Kosten herangezogen werden können. Das Ministerium des Innern und für Sport bekundete seine Absicht, ein empfehlendes Schreiben zu verfassen, in dem Handhabungshinweise gegeben werden sollen. Die Endfassung des Schreibens, gemeinsam verfasst vom Ministerium des Innern und für Sport und vom Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz, erging mit Datum 25.07.2008. Hinsichtlich der Abgrenzung zwischen verlorenen und herrenlosen Katzen stellt das Schreiben einen Kompromiss dar, der aus der Sicht des Tierschutzes nicht völlig zufrieden stellt. Die Bedeutung des Tierschutzes als gesamtgesellschaftliches Anliegen wird aber ausdrücklich betont.

### **Gefährliche exotische Wildtiere**

Mit Schreiben vom 10.01.2008 an das Ministerium des Innern und für Sport bat der Tierschutzbeirat um Mitteilung, ob es dort Überlegungen gibt, die Haltung bestimmter gefährlicher Wildtiere zu verbieten, so wie es das Land Hessen getan hat. Ein solches Verbot sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des Tierschutzes. Auch wenn der Ansatzpunkt der Schutz der Bevölkerung ist, so würde doch den betreffenden Tieren ein Leiden durch unsachgemäße Haltung in Privathand erspart.

Das Schreiben des Tierschutzbeirates gab Veranlassung zu einer Prüfung der Frage im Ministerium des Innern und für Sport.

Als Ergebnis wurde dem Tierschutzbeirat mit Schreiben vom 08.05.2008 mitgeteilt, dass man eine entsprechende Regelung im rheinland-pfälzischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz als nicht zielführend ansehe, da der tierschutzwidrigen Haltung exotischer Tiere nur mit bundesweit verbindlichen Vorschriften wirksam begegnet werden könne, wie es sie in den Rechtsbereichen Tier- und Artenschutz bereits gäbe. Ein ordnungsrechtlicher Überhang sei nicht erkennbar, besondere Gefahren für die Allgemeinheit durch die Haltung wilder Tiere in Rheinland-Pfalz seien nicht zu verzeichnen. In Einzelfällen könne konkreten Gefahren durch Polizei- und Ordnungsbehörden begegnet werden.

### **Zoo Landau**

Am 21.11.2007 folgte der Vorstand des Tierschutzbeirates einer Einladung zur Vorstellung des Projekts „CO<sub>2</sub>-neutraler Zoo Landau in der Pfalz“.

Im Anschluss an die eigentliche Veranstaltung bestand Gelegenheit zu einem Zoorundgang unter Führung von Zoodirektor Dr. Jens-Ove Heckel, wobei unter anderem die neu gestaltete Zooschule und die im Bau befindliche Anlage für die Humboldtpinguine besichtigt und diverse Tierschutzaspekte der Zootierhaltung besprochen werden konnten.

### **Tierversuche**

Zu Beginn seiner Sitzung am 14.02.2008 besichtigte der Tierschutzbeirat die Zentrale Versuchstiereinrichtung (ZVTE) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Zugleich konnte Einblick in die Neubaupläne genommen werden.

An die Besichtigung schloss sich eine intensive Diskussion mit dem Präsidenten der Universität, dem Leiter des Instituts für Pharmakologie, dem Tierschutzbeauftragten und dem Leiter der ZVTE an.

Von Seiten der Vertreter der Universität wurde deutlich gemacht, dass an die Einrichtung eines Lehrstuhls für Alternativmethoden zum Tierversuch, wie bereits im Jahr 2005 vom Tierschutzbeirat vorgeschlagen, aus Kostengründen nach wie vor nicht gedacht sei. Es werde aber in erheblichem Umfang mit Alternativmethoden gearbeitet, zudem sei intern ein entsprechender Forschungspreis ausgelobt worden.

Versuche mit länger anhaltenden oder sich wiederholenden erheblichen Schmerzen würden nicht durchgeführt.

Die Vertreter des Tierschutzbeirates plädierten für eine noch stärkere Vorreiterrolle der Universität Mainz in puncto Alternativforschung, wodurch die gesellschaftspolitische Akzeptanz und die Qualität der Ausbildung gefördert würden.

### **Auffangstation für verletzte Wildtiere**

Das Schreiben des Tierschutzbeirates vom 24.08.2007, mit dem dieser eine zentrale Auffangstation ins Spiel gebracht hatte, war in 2008 mehrfach Gegenstand von Gesprächen des Vorsitzenden mit Vertretern des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz und wurde mit Datum vom 26.06.2008 durch Frau Staatssekretärin Kraege schriftlich beantwortet. Aufgrund des Vorstoßes des Tierschutzbeirates hat das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz die Auflistung bestehender Einrichtungen aktualisiert und den zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung räumt der Vernetzung bestehender Strukturen und der Information über die vorhandenen Anlaufstellen und Unterbringungsmöglichkeiten vor der Einrichtung einer neuen, zentralen Einrichtung Priorität ein.

In diesem Zusammenhang sei auch die Schaffung einer vom Land bezuschussten Auffangstation für kleine Wildtiere im Zoo Neuwied erwähnt, deren Standort der Tierschutzbeirat anlässlich seiner Sitzung am 04.09.2008 besichtigte.

Am 18.07.2008 gab der Vorsitzende dem SWR-Hörfunk ein Interview, in dem er betonte, dass Wildtiere grundsätzlich nicht in Menschenhand gehören, dass es aber Fälle gibt, wo sie unserer Hilfe bedürfen. Insofern sei es erforderlich, ausreichende Kapazitäten für die Aufnahme verletzter oder verwaister Tiere zu schaffen. Eine zentrale Einrichtung hätte den Vorteil einer hohen Außenwirkung, so dass man eher Kooperationspartner gewinnen könnte. Zudem bestünde die Möglichkeit, pädagogische Aspekte zu verfolgen, also Kindern und Jugendlichen Wildtiere und die Notwendigkeit ihres Schutzes näher zu bringen.

### **Frischlingsfallen**

Aufgrund einer Petition durch einen Bürger traf sich der Vorsitzende am 07.07.2008 in der Eifel mit einem Berufsjäger, der über sehr viel Erfahrung im Umgang mit den Fallen verfügt. Hierbei wurden Möglichkeiten diskutiert, die Umstände des Fangens und Tötens möglichst tierschutzgerecht zu gestalten.

Mit Schreiben vom 06.08.2008 nahm der Tierschutzbeirat gegenüber dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Stellung zu der Thematik und vertrat dabei die – mehrheitlich zustande gekommene – Auffassung, dass der Einsatz der Fallen in Schweinepest gefährdeten Bezirken und unmittelbar angrenzenden Regionen als Maßnahme der Seuchenprophylaxe unter bestimmten Voraussetzungen hingenommen werden kann. Zugleich wurden Ausführungen zur Fangzeit und zur technischen Ausgestaltung der Fallen gemacht und die Notwendigkeit angemahnt, über die Auswirkungen des Fallenfangs auf die betroffenen Tiere weitere Erkenntnisse zu sammeln.



### **Überpopulation von Schwarzwild**

Bei seiner letzten Sitzung innerhalb des Berichtszeitraums diskutierte der Tierschutzbeirat mit dem Jagdreferenten des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz ganz generell die im Zusammenhang mit der notwendigen Reduzierung der Schwarzwildpopulation einhergehenden Tierschutzaspekte. Insbesondere wurde die Notwendigkeit betont, führende Bachen zu schonen, auch aus Gründen der Erhaltung der Sozialstruktur.

Das sogenannte Kirren seitens der Jäger wird mehrheitlich kritisch gesehen, da es zum Nahrungsangebot und somit zur Vermehrung des Schwarzwildes beiträgt.

### **Abschuss von Kormoranen**

Mit Schreiben vom 11.09.2008 an das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz stellte der Tierschutzbeirat klar, dass die geplante Landesverordnung zur kontrollierten Entwicklung der Kormoranbestände, mit der der Kormoran faktisch zur Jagd freigegeben werden soll, insgesamt abgelehnt wird. Eine kontrollierte Reduzierung des Bestandes sei nicht zu erwarten, vielmehr werde es punktuell Abschussaktivitäten geben, mit denen einzelne Exemplare getötet, andere verletzt, die übrigen Kormorane umher gescheucht und empfindliche Ökosysteme gestört würden. Die Abschüsse seien sinnlos und insofern, da es an einem vernünftigen Grund fehlt, unter Tierschutzgesichtspunkten bedenklich.

Dem Schutz bedrohter Fischarten – so die Stellungnahme des Tierschutzbeirates – würden strukturverbessernde Maßnahmen am Gewässer ungleich mehr dienen als fragwürdige Tötungsaktionen.

Am 23.10.2008 besuchte der Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses des Landtages, bei der es in Anwesenheit von Frau Ministerin Conrad auch um die „Kormoranverordnung“ ging und wo deutlich wurde, dass diese aller Voraussicht nach in etwas modifizierter Form vom Landtag verabschiedet wird.

### **Schwäne an der Mosel**

Die Problematik der Übergriffe auf Schwäne durch unbekannte Täter hat sich auch im Berichtszeitraum fortgesetzt und veranlasste den Vorsitzenden, sich zwei Mal vor Ort zu informieren und mit dem Schwanenkenner Hans-Peter Kutscheid sowie Vertretern der Kripo Koblenz Lösungsmöglichkeiten zu erörtern.

Ein Ansatz, die Installation von Videokameras, wurde nach Rücksprache mit dem Ministerium des Innern und für Sport als rechtlich problematisch verworfen.

Mit der Kreisverwaltung Cochem-Zell wurde die Frage eines möglichst umgehenden Transports verletzter Schwäne zu einer Tierklinik besprochen und einer Lösung näher gebracht.

Am 25.07.2008 berichtete die Rhein-Zeitung über einen Besuch von Innenstaatssekretär Roger Lewentz bei der Wasserschutzpolizei Cochem. Die dort zitierte Äußerung des Staatssekretärs, wonach eine Verlegung von Schwanenpaaren an andere Orte der Mosel oder an den Rhein denkbar wäre, gab Veranlassung zu einem Schreiben des Tierschutzbeirates an Herrn Lewentz,

in dem diesem nahe gelegt wurde, den Gedanken nicht weiter zu verfolgen. Das Schreiben enthält eine ausführliche fachliche Begründung, weshalb eine Umsiedlung überflüssig und zudem kaum praktikabel ist.

### **Schädigung von Tieren durch Stellnetze**

Der Tierschutzbeirat erstattete Mitte Januar Strafanzeige gegen einen Berufsfischer, der in einem Altrheinarm bei Speyer Stellnetze aufgestellt, diese aber offensichtlich nicht kontrolliert hatte. Ein Kanufahrer, der durch eine Kanadagans, die sich im Netz verheddert hatte, aufmerksam geworden war, zog ein Netz heraus und fand dort mehrere verfaulte Fische sowie einen erstickten Haubentaucher.

Mit Schreiben vom 25.04.2008 teilte die Staatsanwaltschaft Frankenthal mit, das Ermittlungsverfahren sei eingestellt worden, da der Tatnachweis gegenüber dem Beschuldigten nicht mit hinreichender Sicherheit geführt werden könne.

Allerdings bestätigte die Staatsanwaltschaft ausdrücklich die vom Tierschutzbeirat in seiner Strafanzeige dargestellte Rechtsauffassung, dass strafbares Verhalten im Sinne von § 17 Tierschutzgesetz vorliegt.

### **Amphibienwanderung**

Die Beschwerde einer Naturschützerin über die unzureichende Durchführung einer angeordneten Straßensperre im Raum Koblenz, in deren Folge zahlreiche Frösche und Molche überfahren wurden, gab Veranlassung zu einem Schreiben des Tierschutzbeirates vom 20.03.2008 an den Landesbetrieb Mobilität und die zuständige Kreisverwaltung. Es wurden Vorschläge unterbreitet, das Wegräumen der Absperrbaken durch Autofahrer zu unterbinden, etwa indem man die Bahn durch Drehschranken ersetzt oder doch zumindest die beiden Baken jeweils durch eine Kette verbindet.

Mit Schreiben vom 08.04.2008 antwortete der Landesbetrieb Mobilität und verwies auf die Notwendigkeit, unterschiedliche Interessen von Naturschützern und Straßennutzern auszubalancieren sowie auf den erheblichen personellen und finanziellen Aufwand seitens des Straßenbaulastträgers im Zusammenhang mit dem Amphibienschutz.

Auf die Vorschläge des Tierschutzbeirates zur Erschwerung des Wegräumens der Schranke wurde nicht eingegangen, weshalb in diesem Punkt nochmals schriftlich nachgehakt wurde.

### **Ausbildung der Polizei**

Auf Anregung von Herrn Radunz, Mitglied des Tierschutzbeirates, übermittelte der Beirat dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz mit Schreiben vom 03.03.2008 einen Katalog von Tierschutz-Themen, die sinnvollerweise in den Ausbildungsgang bei der Landespolizeischule integriert werden sollten. Hierzu gehören u. a. der Gesetzesvollzug durch zuständige Behörden, der Umgang mit Tieren oder die Beurteilung des Ernährungs- und Pflegezustandes.

Das Schreiben wurde durch Frau Ministerin Conrad an ihren Ministerkollegen Karl Peter Bruch mit der Bitte um wohlwollende Prüfung weitergeleitet. Im Antwortschreiben des Ministeriums des Innern und für Sport an das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz vom 21.04.2008 wird betont, dass Tierschutz-Themen, z. B. Viehtransporte auf der Straße, bereits jetzt in der polizeilichen Aus- und Fortbildung behandelt werden, dass man sich jedoch die Vermittlung weiterer Inhalte vorstellen kann. Die Vorschläge seien daher der Landespolizeischule zugeleitet worden.

### **Kong-Ming-Laternen („Himmelslaternen“)**

Mit Schreiben vom 07.10.2008 an das Ministerium des Innern und für Sport schlug der Tierschutzbeirat vor, die Laternen zu verbieten, so wie es in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, insbesondere unter Brandschutzgesichtspunkten, bereits der Fall ist. Vorausgegangen war ein Fall im Westerwaldkreis, wo ein Schaf – mutmaßlich aufgrund einer „Himmelslaterne“ – in einen Zaun gerannt und zu Tode gekommen ist.

In seinem Antwortschreiben vom 01.12.2008 vertrat das Ministerium die Auffassung, dass für eine Reglementierung im Bereich des Brandschutzes weder eine Ermächtigungsgrundlage noch eine Notwendigkeit besteht. Es werde jedoch derzeit von den Luftfahrtbehörden geprüft, inwieweit der Gebrauch von Himmelslaternen gegen Bestimmungen der Luftfahrt verstößt oder einer Genehmigung bedarf.

### **Vollzug des Fischereirechts in Rheinland-Pfalz**

Das Thema war Gegenstand der Sitzung am 27.11.2008 im Beisein des Fischereireferenten des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz, der betonte, dass Rheinland-Pfalz im Sinne des Tierschutzes auf hohe Standards der Ausbildung hinwirkt, die derzeit innerhalb der EU angepasst würden.

Des Weiteren befasste sich das Gremium mit der Fischereiaufsicht, die flächendeckend und konsequent wahrgenommen werden sollte. Nach Auskunft von Beiratsmitglied Dr. Koßmann und Fischereireferent Dr. Brenner widmen sich im Lande zwei hauptamtliche und zahlreiche ehrenamtliche Fischereiaufseher sowie Bedienstete von Polizeidienststellen und Unteren Fischereibehörden dieser Aufgabe.

### **Gespräch mit dem Arbeitskreis Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz der SPD-Landtagsfraktion**

Auf Einladung des Vorsitzenden des Arbeitskreises, Herrn David Langner, MdL, vertraten der Vorsitzende und Frau Dr. v. Gaertner den Tierschutzbeirat bei dem Gespräch über diverse Tierschutz-Themen, an dem auch die Beiratsmitglieder Frau Dr. Baumgartl-Simons und Herr Lindig teilnahmen, allerdings als Vertreter ihrer jeweiligen Tierschutzverbände.

Gegenstände des 1 ½-stündigen Gesprächs waren die geplante „Kormoranverordnung“, Alternativen zur Ferkelkastration ohne Betäubung, Klagebefugnis für Tierschutzverbände,

Katzenproblematik und Anbindehaltung von Rindern. Die fünf anwesenden Parlamentarier zeigten sich sehr interessiert und offen für die Vorbringungen der Tierschutzvertreter.

### **Tagung der Tierschutzbeiräte der Bundesländer**

Bei der Veranstaltung, die auf Einladung des Niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 04. und 05.12.2008 in Hannover stattfand, war der Tierschutzbeirat Rheinland-Pfalz durch seinen Vorstand vertreten. Nach einem Erfahrungsaustausch über Arbeitsweise und Aufgabenschwerpunkte der Beiräte wurden mehrere Beschlüsse gefasst, unter anderem die künftige Zusammenarbeit betreffend, die Vereinheitlichung der Rechtsnormen zur Haltung gefährlicher Hunde und die Weiterentwicklung der Kriterien zur Bewertung von Tierversuchsanträgen. Auf einen Beschluss zur Anbindehaltung von Rindern wurde zu Beginn dieses Berichts bereits eingegangen.

### **Fortbildung**

Am 24.01.2008 besuchte der Vorsitzende die „Grüne Woche“ in Berlin und die parallel stattfindende Messe „Heimtier und Garten“.